

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Gründungspreis 20 M für die 6 getippten Korpuszeilen über deren Raum, 12 Zeilen, die 2 getippte Korpuszeilen. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisermäßigung. Zeitungsabnehmer im amtlichen Zeitungsstellen-Verzeichnis des Zeitungsvertriebs unter Angabe der Bestellstellen nehmen in der Regel den Nachdruck von 50 Pfg. aufwärts. Die Druckkosten der Zeitungsabnehmer werden separat berechnet. Der Nachdruck ist ohne Rücksicht auf den Inhalt der Zeitungsabnehmer. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt. Im Falle einer Verweigerung wird die Leistung der Zeitungen über den Zeitraum des Zeitungsabnehmens.



Errscheinungsdauer des Jahressubskriptionspreises 20 M für die 6 getippten Korpuszeilen über deren Raum, 12 Zeilen, die 2 getippte Korpuszeilen. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisermäßigung. Zeitungsabnehmer im amtlichen Zeitungsstellen-Verzeichnis des Zeitungsvertriebs unter Angabe der Bestellstellen nehmen in der Regel den Nachdruck von 50 Pfg. aufwärts. Die Druckkosten der Zeitungsabnehmer werden separat berechnet. Der Nachdruck ist ohne Rücksicht auf den Inhalt der Zeitungsabnehmer. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt. Im Falle einer Verweigerung wird die Leistung der Zeitungen über den Zeitraum des Zeitungsabnehmens.

Er erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 191

Donnerstag den 17. August 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Londoner Konferenz wurde ergebnislos abgebrochen. Eine Entscheidung über die Ausgleichszahlungen wurde nicht getroffen.
- * Poincaré stellte fest, daß nach dem Scheitern der Londoner Konferenz die Ententestaaten ihre Handlungsfreiheit wiedergewonnen haben.
- * Die deutsche Regierung hat am 15. August eine halbe Million Pfund Sterling im Ausgleichsverfahren an England und Frankreich bezahlt.
- * Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung in einer Note mitgeteilt, daß die Frage der am 15. August falligen Reparationsrate vorläufig in der Schwebe bleiben muß.
- * Die nächste Konferenz der Alliierten soll im November stattfinden und die interalliierten Schulden behandeln.

Der Bankrott der Vernunft.

Seiten hat eine internationale Konferenz von vornherein unter so ungünstigen Zeichen gestanden, wie die Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten in London. Das Duzend ihrer Vorgänger hat immerhin einige nicht ganz erfolglose Kongresse aufzuweisen, von denen man zwar keine grundlegenden Verbesserungen, aber doch begründete Hoffnungen mitnahm, daß der Wahnsinn des Versailleser Vertrags allmählich einer stärkeren Geltung der Vernunft Platz machen würde. Diese dreizehnte Konferenz hat, indem sie lässlich und ergebnislos scheiterte, zugleich die Äntzige und Keime vernichtet, die man bei einigem guten Willen entdecken konnte, wenn man nach Zeichen der Besserung im schwervertrauten Europa suchte.

Was hat sich zugetragen? — Schon im Beginn dieses Jahres haben wir die Alliierten darauf aufmerksam gemacht, daß wir die im Jahre 1921 bezahlten, auf dem Londoner Ultimatum beruhenden Reparationssummen nicht mehr aufbringen können. In Cannes wurde über einen Aufschiebverhandelt. Die Frage ist aber heute noch nicht endgültig geregelt, trotz des inzwischen eingetretenen „vorläufigen“ Aufschubs, der uns monatliche Raten von 50 Goldmillionen auferlegte. Inzwischen hat sich die Finanzlage weiter so verschlechtert, daß auch diese Raten eine Unmöglichkeit für uns wurden, denn die längst in Aussicht gestellte Anleihe ist immer noch in weiter Ferne, und sie galt doch von Anfang an als Vorbedingung unserer wirtschaftlichen Sanierung und unserer Selbstleistung. Nebenher lesen aber die Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren, welches die Vorkriegsschulden des Privatbesitzes regelt und seit dem Londoner Abkommen vom Juni 1921 für uns mit monatlichen Zahlungen von zwei Millionen Pfund Sterling pauschaliert war. In vollkommen korrekter Form hat die deutsche Regierung am 14. Juli bei den Regierungen von Frankreich, England, Belgien und Italien den Antrag gestellt, daß auch diese Zahlungen herabgesetzt werden müßten, da sie angesichts der Wirtschaftslage für uns unerschwinglich geworden sind. Deutschland will ja nicht seine Schulden gefristen sehen, es will nur — und dazu gibt ihm sogar der Versailleser Vertrag ein verbrieftes Recht! — die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit beruhsichtigt wissen, es will Zeit haben, um sich selbst zu kräftigen und dann zu zahlen, was es im gegenwärtigen Zustand der völligen Erschöpfung keinesfalls leisten kann.

Die Londoner Besprechung der Ministerpräsidenten hatte die Aufgabe, einen Zahlungsausschub für uns und die Bedingungen dieses Ausschubs zu vereinbaren. England, Italien und Belgien machten vernünftige Vorschläge, die uns wenigstens vorläufig eine kleine Erholungspause gebracht hätten bis zu einer Gesamtregelung dieses Problems. Frankreich aber stand von vornherein auf dem entgegen gesetzten Standpunkte und wollte das Moratorium nur unter so schweren Garantiebedingungen gewähren, daß der Erfolg im Geheimen umgeschlagen wäre. In diesem unüberbrückbaren Gegensatz ist die Konferenz, nachdem sie länger als eine Woche beraten und gestritten hatte, jetzt endgültig gescheitert. Man ging ohne Ergebnis auseinander, und Poincaré stellte mit Befriedigung fest, daß jeder der Entente Staaten seine volle Handlungsfreiheit wiedergewonnen habe.

Darauf aber kam es dem Franzosen vor allem an. Für ihn bedeutete diese Konferenz von Anfang an ein Possenspiel, das zu nichts führen konnte, weil es nicht sollte und durfte. Was Poincaré unter dieser „Handlungsfreiheit“ versteht, hat er bei den barbarischen Ausdehnungen deutscher Reichsanghöriger aus dem Elsaß bereits gezeigt. Was er weiterhin daraus folgern wird, wissen die Götter. Er hat es überdies verstanden, einen offenen Bruch in der Entente gerade noch zu vermeiden, obwohl die seit Versailles bestehende Einigkeit unserer Kriegsgegner längst nur noch ein Dackmantel ist, unter dem im Stillen die immer schärfer sich zuspitzenden Konflikte und Interessengegenstände ihrem Austrag entgegensteifen. Die Ministerpräsidenten hatten selbst eingegriffen, um die Aufgaben in die Hand zu nehmen, die der dafür zuständigen Reparationskommission über den Kopf wuchsen. Sie sind ebenflugs aufeinander eingegangen, wie sie zusammenkamen, und überlassen kühlen Kopfs der Reparationskommission das übrige. In dieser führt der Franzose Dubois den Vorsitz, und es ist nicht davon zu rechnen, daß er uns bis zur völligen Gefährdung

überstimmt werden, wenn die anderen einen von der Vernunft diktierten Beschluß fassen möchten. Frankreich hat freie Hand, die brutale Gewalt, die trotzig Entschlossenheit, sich durchzusetzen, hat in London gesiegt. Poincaré hat diese ihm so unbehagliche Konferenz erfolgreich gepregelt. Die von den anderen Staaten vertretene Vernunft hat einen Bankrott erlitten, der seit Versailles und dem Londoner Ultimatum seinesgleichen sucht. Reparationsfrage und Ausgleichsfrage sind beide völlig in der Schwebe geblieben. Von der Anleihe ist nirgends etwas zu hören. Aber Herr Lloyd George, der zwar nicht nachgegeben, aber auch nichts durchgesetzt hat, kündigt inzwischen für den Herbst — die nächste Konferenz zur Beratung der internationalen Schuldenfrage an.

Man verschlechte sich in den Kreisen der Reichsregierung keineswegs der Erkenntnis, wie ungeheuer ernst diese Situation für uns geworden ist. Ohne eine Nachricht von blühen zu haben, hat die Regierung am fälligkeitsstermine den Bruchteil der fälligen Summe gezahlt, der ihr nach ihrer Voraussage zur Verfügung stand. Mehr zu tun, ist ihr nicht möglich. Wohl aber ist es den Engländern, Amerikanern und Italienern, die jetzt ja ebenfalls alle „freie Hand“ haben, möglich, von sich aus dazu beizutragen, daß dieser Bankrott der Vernunft sich nicht zu einem Bankrott Europas ausdehnt. Wir haben jetzt schon ziemlich genau auf dem Standpunkt, auf dem Österreich vor einem Jahre stand. Die Entente ist kein festes Land mehr, sondern nur noch ein dünnes Fädchen. Noch schwächer erscheint der Lebensfaden der deutschen Wirtschaft, die auf dem jetzigen Wege einer unabweisbaren Katastrophe entgegensteift. Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa irrt in ein Meer von unübersehbaren Klüben und Krisen hinein, wenn nicht die Steuerleute in London und Washington bald den Kurs ändern, auf welchem die enthronte Vernunft wieder ihren Platz am Ruder einnehmen kann.

Die Folgen des Abbruchs.

Aber die weiteren Folgen des Abbruchs gehen die Meinungen in London naturgemäß auseinander. Weltwärtigerweise wird in politischen und handelsstreifen Londons vielfach die Befürchtung geäußert, daß die Spaltung der Entente Deutschland Gelegenheit gebe, seine Interessen mit Frankreich allein zum Austrag zu bringen. England habe bereits seine Bereitschaft kundgegeben, auf seine Forderungen zu verzichten, so daß der dafür bestimmte Betrag Frankreich angeschrieben werden könne. Die verwüsteten Gebiete könnten wieder aufgebaut werden und sogar ein Beitrag auf der Grundlage der Reparationen zwischen den früheren Feinden geschlossen werden. Man wisse, daß in Frankreich eine starke Strömung in dieser Richtung bestehe, die so weit gehe, daß sie sogar die Entente darüber aufgeben wolle. Hauptächlich zu dem Zweck, die Entente so fest wie möglich zu gestalten und als ein uneinnehmbares Bollwerk gegen die erwähnte Möglichkeit auszubauen, habe Lloyd George Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um einen Zusammenbruch der Konferenz in London zu verhindern. Seine Aufrichtigkeit, Deutschland möglichst zu schonen, stehe unabweisbar fest; aber seine Aufrichtigkeit, die Interessen Englands unberührt zu erhalten, sei zweifellos noch größer.

Poincaré verteidigt sich.

Vor seiner Abreise aus London hat Poincaré die französischen Journalisten empfangen und ihnen eine für französische Ohren bestimmte Verteidigungsrede gehalten. Er sagte u. a.:

Man könne die Frage im November wieder aufnehmen, aber Deutschland müßte bis dahin seine Verpflichtungen erfüllen. Was immer Lloyd George auch erklärt habe, Deutschland könne zahlen. Es habe in der Reichsbank eine Million im Depot, davon könne man die notwendigen 100 Millionen nehmen, ohne den Sturz der Mark, der übrigens auf andere Ursachen zurückzuführen sei, über Gebühr zu beschleunigen. Im übrigen habe man sich in London in sehr freundschaftlichem Geiste getrennt, aber er habe für die französische Regierung das Recht verlangt, über die Folgen zu beraten, die die Uneinigkeit nach sich ziehe. Man habe ihm gesagt, das sei ein Bruch der Entente, er aber habe erklärt, er glaube nicht daran. Er für seinen Teil wolle ihn vermeiden, vorausgesetzt, daß er die Interessen seines Landes nicht zu opfern brauche. Ein Bruch zwischen der englischen und französischen Regierung wäre tatsächlich ein großes Unglück, aber die gegenseitige Abneigung der beiden Völker wäre noch viel ernstlicher.

Auch eine Neutermeldung legt Wert auf die Feststellung: Obwohl die Verhandlungen zu keinem Einverständnis geführt haben, haben sich die Beziehungen der Alliierten doch nicht verschlechtert, wie sich aus der Tatsache ergebe, daß nach Abbruch der Konferenz Poincaré die österreichische Frage mit den übrigen Alliierten besprach.

Zehn Goldmillionen bezahlt!

Bäntliche Innehaltung der deutschen Zusage.

Der 15. August war herangekommen, ohne daß der deutsche Regierung auf Ihre Notiz vom 14. Juli an die Reichsregierung Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und

Italiens wegen Herabsetzung der monatlichen Zahlungen im Ausgleichsverfahren auf eine halbe Million Pfund die erwartete gemeinschaftliche Entscheidung der alliierten Mächte erteilt worden wäre. Die deutsche Regierung hat der französischen Regierung in der Note vom 5. August zugesagt, auch für den Fall des Ausbleibens einer solchen Entscheidung ihre vertraglichen Verpflichtungen „im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit“ zu erfüllen. Sie hat daher am 15. August einen Gesamtbetrag von 500 000 Pfund zur Verfügung gestellt. Dieser ist dem britischen und französischen Ausgleichsamt nach dem Verhältnis ihrer Kreditfalden überwiesen worden.

Es bedarf keines Hinweises, wie schwer der Regierung diese Zahlung gefallen ist, von der wir noch nicht wissen, ob sich die französische Regierung damit zufrieden gibt, nachdem sie auf unser Gesuch um Herabsetzung des ganzen Betrags von 40 Millionen sofort mit „Retorsionen“ geantwortet hat. Vorläufig steht noch jeder Bescheid der Alliierten in der Kompensationsfrage aus. Auch die Meldung, daß in London eine Hinabsetzung der Augustrate um vier Wochen bewilligt worden sei, hat noch keine Bestätigung gefunden.

Der Dollar über 1000!

Folgen der gescheiterten Londoner Konferenz.

Mit einem gewaltigen Sprung schenkte der Dollar schon am Montag auf die ersten unbestimmten Nachrichten von der an der Hartnäckigkeit und Bernarrtheit der französischen Politik gescheiterten Konferenz in die Höhe. Die Konferenz sollte Moratorium und Beschränkung der Ausgleichszahlungen für Deutschland bringen. Sie brachte gar nichts außer neuen Drohungen Poincarés. Die Antwort der in Särcd und Verwirrung geratenen Berliner Börse war Montagabend das hinaufstreben des Dollars bis gegen 1000 und dann ein unsteres Schwanken um die Tausendsumme herum, während die New Yorker Börse noch einen Stand zwischen 800 und 900 meldete. Dienstag, als die ganze Wahrheit über die Resultatlosigkeit der Londoner Beratungen offenkundig war, gab es kein Halten mehr — in Berlin wurde der Dollar amtlich mit 1040 notiert, stürmische Hamsterkäufe rissen sich um die Auslandswerte. Die übrigen fremden Werte folgten dem Dollar. Die deutsche Mark ist damit im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege auf den Wert eines Bierstypsennigs gedrückt. Poincaré aber hält in Paris Reden über seine Bemühungen zur Sicherung der europäischen Wirtschaft.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Einberufung einer Reichsernährungskonferenz?

In der letzten Sitzung des Landesernährungs- Ausschusses für Thüringen, der sich zusammensetzt aus Vertretern der drei Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften, wurde einstimmig beschlossen, beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Einberufung einer Reichsernährungskonferenz zu beantragen.

Französische Militär am Rhein.

Durch eine Entscheidung der Rheinlandkommission ist Regierungspräsident Dr. Rummer in Wiesbaden mit Wirkung vom 16. August seines Amtes enthoben. Wie man hört, handelt es sich dabei um seine endgültige Absetzung. Alle Parteien und die Körperschaften hatten energischen Widerstand gegen eine Maßregelung dieses allgemein beliebten Beamten angekündigt. Die Ursache dieser Maßregelung ist in den Ausführungen gelegentlich der sozialistischen Kundgebungen am 4. Juli zu suchen. In einem Schreiben der Rheinlandkommission wurden der Regierungspräsident und der Polizeipräsident für diese Vorfälle verantwortlich gemacht.

Deutsch-Österreich.

X Das Kreditgesuch abgelehnt. Die alliierten Minister berieten vor Schluß der Konferenz noch über das vorliegende Kreditgesuch Österreichs. Die österreichische Regierung hat dringend gebeten, ihr eine weitere Anleihe von 15 Millionen Pfund zu bewilligen. Die österreichische Regierung erklärte, es sei ihr unmöglich, die Geschäfte des Landes weiterzuführen, wenn dieser Kredit nicht gewährt werden sollte. Der englische Premierminister betont, England habe bereits 12½ Millionen Pfund vorgeschossen, ohne daß irgendeine Besserung der finanziellen Lage Österreichs erzielt worden sei. Poincaré und Schanzer führten aus, sie hätten bereits 55 Millionen Franken bzw. 280 Millionen Lire hergegeben. Die Alliierten konnten sich unter diesen Umständen nicht zu einer Bewilligung des Gesuchs entschließen und verwiesen die österreichische Delegation auf den Väterbund.